

A N T R A G

**der Abg. Michael Westenberger, Dennis Thering, David Erkalp, Ralf Niedmers,
Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

Betr.: No Deal – Hamburg muss sich für den Brexit rüsten

Das Szenario eines britischen EU-Austritts ohne ein Übergangsabkommen wird immer wahrscheinlicher. Für Hamburgs Wirtschaft, Behörden, aber auch für 4.000 britische Bürger in Hamburg bedeutet ein unregelter Brexit eine enorme Herausforderung, für welche so schnell wie möglich Vorbereitungen getroffen werden müssen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. Vorbereitungen zu treffen am Hamburg Airport zur Abwicklung von Flügen aus und in das Vereinigte Königreich, um den Transport von zuletzt mehr als 1,4 Millionen Menschen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich zu gewährleisten;
2. gemeinsam mit der Generalzolldirektion Vorkehrungen zu treffen, um Verzögerungen im Warenaustausch im Hamburger Hafen möglichst zu verhindern;
3. hierzu mit der Zollverwaltung in Hamburg ein Szenario auszuarbeiten, welches Zeitpläne und Verantwortlichkeiten regelt;
4. Vorbereitungen zu treffen in den Ausländerbehörden der Bezirke, um eine geordnete Umstellung auf das mögliche Erfordernis der Beantragung von Aufenthaltstiteln für die mehr als 4.000 Briten in Hamburg zu ermöglichen, die den Betroffenen Rechtssicherheit geben soll;
5. Vorbereitungen zu treffen, um die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung personell auf einen Anstieg der Zahl beratungswilliger Ausländer vorzubereiten;
6. Klarheit zu schaffen, ob Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs bis zum Ende der Übergangsphase weiterhin als Unionsbürger im Sinne des §6 Abs.1

BezVWG gelten und somit aktiv wahlberechtigt sind für die Bezirksversammlungswahlen im Mai 2019;

7. Vorbereitungen im Landesbetrieb Verkehr zu treffen, um einen zu erwartenden Anstieg der Anträge auf Erteilung einer deutschen Fahrerlaubnis durch Umschreibung einer entsprechenden britischen Fahrerlaubnis bewältigen zu können;
8. zu prüfen, welche weiteren Hamburger (Verwaltungs-)Bereiche von den Auswirkungen eines No-Deal-Brexits betroffen wären und entsprechende Maßnahmen vorzubereiten;
9. der Bürgerschaft hierzu in monatlichen Abständen jeweils zum Ende eines Monats ab dem 28. Februar 2019 zu berichten.